

V0939/21

öffentlich



Bündnis 90/Die Grünen, Taschenturmstr. 4, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 12.10.2021

Telefon (0841) 91 06 12

Telefax (0841) 91 00 23

E-Mail fraktion@gruene-ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungsergebnis
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	12.07.2022	Vorberatung	
Stadtrat	26.07.2022	Entscheidung	

**Quote für grünen Stahl, Kunststoff und Beton in öffentlichen Bauvorhaben
-Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.10.2021-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Vor dem Hintergrund, dass in allen Bereichen unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren alle möglichen Anstrengungen zum Klimaschutz ergriffen werden müssen, stellen wir folgenden

Antrag:

1. Es wird geprüft, ob in Ausschreibungen für öffentliche Bauvorhaben der Stadt Ingolstadt eine verpflichtende Quote auf grünen Stahl, Kunststoff und Beton möglich ist.
2. Sollte eine Quote gem. Ziff. 1 möglich sein, nimmt die Stadt Ingolstadt ab sofort eine Quote von 30 % an grünem Stahl, Kunststoff und Beton in ihre Ausschreibungen mit auf.

Begründung:

Durch eine verpflichtende Quote auf grünen Stahl, Kunststoff und Beton bei der öffentlichen Beschaffung könnte Ingolstadt neben dem Bund, den Ländern und weiteren Kommunen erste gesicherte Absatzmärkte für klimafreundliche Grundstoffe und auf diese Weise auch Investitionssicherheit für Unternehmen fördern und schaffen.

Als grüner Stahl, Kunststoff und Beton wird bezeichnet, wenn die jeweiligen Stoffe insbesondere mit grünem Wasserstoff hergestellt werden, der seinerseits wiederum aus erneuerbaren Energien gewonnen wurde.

Die weitere Entwicklung und Förderung entsprechender Verfahren könnte auch – neben der Wasserstoffmobilität – einen ergänzenden Baustein der Strategie „Wasserstoffregion Ingolstadt“ darstellen, zusätzliche Fördermittel generieren und anderen Forschungsregionen Vorbild sein. Wie eine aktuelle Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln zeigt, könnten durch eine

öffentliche Quote von 30 % auf grünen Stahl, Kunststoff und Beton jährliche CO₂-Einsparungen von rund 2 Millionen Tonnen CO₂ erzielt werden. Damit ließen sich Treibhausgase in Höhe der jährlichen Emissionen des nationalen Flugverkehrs vermeiden.

Mit einem jährlichen Investitionsvolumen von knapp 500 Milliarden Euro geht vom öffentlichen Beschaffungswesen in Deutschland ein enormes Potenzial für den Erwerb klimafreundlicher Produkte und Dienstleistungen aus. Auf diese Weise können durch öffentliche Investitionen nicht nur Treibhausgasemissionen vermieden, sondern auch erste Leitmärkte für klimafreundliche Produkte geschaffen werden.

Neben positiven Effekten auf die Kostenentwicklung durch Skalen- und Lerneffekte kann durch die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand auch die Akzeptanz neuartiger Güter bei den Bürger*innen gestärkt werden. Die hierzu nötigen Rahmenbedingungen auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene existieren bereits.

Besonders hoch ist das Potenzial der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung im Bausektor, welcher rund 40 % öffentlicher Großaufträge ausmacht. Ein Großteil der durch den Bausektor verursachten Emissionen entsteht dabei bei der Produktion der benötigten Grundstoffe.

Allein auf die Erzeugung und Verarbeitung von Stahl und Zement entfielen im Jahr 2018 etwa 16 % der globalen Treibhausgas-Emissionen. Alternative Technologien zur klimaneutralen Herstellung dieser Güter existieren bereits – so können beispielsweise Stahl und Kunststoff durch den Einsatz von klimafreundlichem Wasserstoff nahezu CO₂-neutral („grün“) produziert werden. Schließlich wird bereits intensiv zu klimaneutralem Beton geforscht. Erste Hersteller bieten seit 2020 sogar auch schon klimaneutralen Beton auf dem deutschen Markt an.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Christian Höbusch (Fraktionsvorsitzender)

gez.

Barbara Leininger (Fraktionsvorsitzende)

gez.

Agnes Krumwiede

gez.

Stephanie Kürten

gez.

Maria Segerer

gez.

Jochen Semle

gez.

Dr. Christoph Spaeth